



PRESSEMITTEILUNG

Schulen in freier Trägerschaft fordern faire Finanzierung - Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein!

Maria und Peter besuchen eine katholische Privatschule in Niederösterreich. Während ihre Eltern rund 200 EUR Schulgeld im Monat bezahlen, müssen die Eltern von Stephanie und Max wesentlich tiefer in die Tasche greifen. Ihre Schule wird von einem privaten Träger geführt, der keiner Konfession angehört und daher nur eine sehr geringe Unterstützung vom Staat bekommt. Die Schulvereine, die von engagierten Eltern und Pädagog:innen geführt werden, müssen selbst die gesamte Finanzierung der Einrichtung aufbringen.

Schulen in freier Trägerschaft erhalten pro Schuljahr einen Pauschalbetrag je Schüler:in, der in den letzten 13 Jahren sukzessive zurückging. Waren es im Jahr 2010 noch exakt 1.000 EUR pro Schüler:in, wurde im Schuljahr 2022/23 den Schulen noch rund 700 EUR zuerkannt. Das liegt unter anderem daran, dass ein Pauschalbetrag für diese Schulen im Budget des Bildungsministeriums reserviert ist, der die Nachfrage nach Schulplätzen in diesen Einrichtungen nicht berücksichtigt. Das heißt, wenn mehr Eltern für ihre Kinder diese Schullaufbahn wählen, sinken automatisch die Zuwendungen des Staates an diese Einrichtungen.

Im Gegensatz dazu haben laut Gesetz Schulen von in Österreich anerkannten Religionsgemeinschaften, wie z.B. die evangelische, katholische und andere Glaubensgemeinschaften, ein Anrecht auf die Finanzierung ihrer Pädagog:innen. Dieselben Zahlungen an Gehältern, die aufgrund einer definierten Kopf- bzw. Klassengröße an die öffentlichen Schulen gehen, werden auch an diese Einrichtungen geleistet.

Und das ist gut so, damit Schule leistbar bleibt!

„Schulen in freier Trägerschaft sind eine wesentliche Säule des öffentlichen Bildungssystems. Viele reformpädagogische Errungenschaften, die später ins öffentliche Schulwesen Eingang finden, nehmen hier ihren Ausgang. Wir verstehen uns als „Innovationsschulen“ im österreichischen Bildungswesen.“, erläutert Momo Kreutz, Vorsitzende von EFFE Österreich, den Wert von Schulen in freier Trägerschaft. Nach Artikel 14 der Grundrechtecharta der Europäischen Union müssten staatliche, konfessionelle und freie Schulträger die gleichen Rahmenbedingungen erhalten.

„In anderen Ländern wie in Dänemark oder den Niederlanden ergänzen sich öffentliche, konfessionelle und freie Schulen, und auch die Finanzierung für alle drei Säulen des Bildungssystems ist sichergestellt“, zeigt sich Kreutz überzeugt. „Daher fordern wir eine gerechte Finanzierung für Schulen in freier Trägerschaft. **Als ersten Schritt fordern wir eine Angleichung der Förderung an den realen Wert des Jahres 2010, was zum aktuellen Zeitpunkt in etwa einer Verdoppelung der derzeitigen Höhe entspricht. In weiterer Folge soll die Förderung so angeglichen werden, dass der Besuch unserer Schulen für alle Kinder, unabhängig von der wirtschaftlichen Lage der Familie, ermöglicht wird.**“

EFFE (European Forum for Freedom in Education) Österreich ist der Dachverband der Schulen in freier Trägerschaft. Er tritt für ein demokratisches, freies und vielfältiges Bildungswesen ein und fordert gleiche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für staatliche Schulen sowie für freie, gemeinnützige, zivilgesellschaftliche Schulträger. Eine grundlegende finanzielle Sicherung von Schulen in freier Trägerschaft durch den Staat soll gewährleisten, dass allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Familien der Zugang zu reformpädagogischen Bildungseinrichtungen ermöglicht wird.

Für weitere Informationen:

Momo Kreutz, Vorsitzende EFFE, Tel.: 0699 17 13 6086